

Palästina und der Atomstaat Israel

Vorweg:

Teil vom 2.6.22: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina2.pdf>

Teil vom 9.8.22 : <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina3.pdf>

mit Aktueller Analyse von Moshe Zuckermann

Teil vom 2.11.22 : <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina4.pdf>

vor dem Hintergrund der aktuellen Wahl in Israel

Teil 2 vom 2.2.23 : <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Isreal-Teil-2.pdf>

Teil 3 vom 29.3.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-3.pdf>

Teil 4 vom 7.4.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-4.pdf>

Teil 5 vom 18.5.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-5.pdf>

Teil 6 vom 8.6.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-6.pdf>

Teil 7 vom 6.7.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-7.pdf>

Teil 8 vom 27.7.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-8.pdf>

Teil 9 vom 24.8.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-9.pdf>

Teil 10 vom 10.10.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-10.pdf>

Teil 11 vom 14.10.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-11.pdf>

Teil 12 vom 20.10.23 <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-12.pdf>

Zur Info weitergeleitet.

Mit solidarischen Grüßen - Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

https://t1p.de/impressum_a_und_d

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Gedicht-Neu>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

<https://t1p.de/brokdorfweisserose>

<https://t1p.de/kernfusion-neindanke>

Nachfolgend weitere Berichte als Teil 13:

.) Humanitäre Hilfe für Gaza: Deutschland stockt Hilfen auf, Berlin stellt weitere 50 Millionen Euro für humanitäre Hilfe bereit:

[Humanitäre Hilfe für Gaza: Deutschland stockt Hilfen auf – taz.de](https://www.taz.de/Humanitaere-Hilfe-fuer-Gaza-Deutschland-stockt-Hilfen-auf)

.) Israel evakuiert Kirjat Schmona :

<https://www.deutschlandfunk.de/israel-evakuiert-kirjat-schmona-an-grenze-zum-libanon-102.html>

„Die Armee ordnet die Räumung der israelischen Stadt an Grenze zum Libanon an. Sie fliegt weiter Angriffe gegen die Hamas.

.) In Deutschland lebende Menschen aus Israel organisieren praktische und symbolische Solidarität: <https://www.freie-radios.net/124638>

.) Entwicklungsforscher über Gaza:

[Entwicklungsforscher über Gaza: „Radikalisierung droht“ - taz.de](https://www.taz.de/Entwicklungsforscher-ueber-Gaza-„Radikalisierung-droht“)

„Radikalisierung droht“, Entwicklungsökonom Markus Loewe warnt davor, die Hilfen für die palästinensischen Gebiete auszusetzen. Dies würde nur der Hamas in die Hände spielen.

Internationale Organisationen wie UNRWA – das UN-Hilfswerk für geflüchtete Palästinenser – haben Verteilungsstrukturen in den vergangenen Jahren aufgebaut. Sie arbeiten mit lokalen Kräften und die wissen, was zu tun ist. Aber ein guter Verteilmechanismus hat die Voraussetzung, dass die Hamas sich nicht einmischt. Ohnehin müssen aber auch von Hilfsorganisationen neue Verteilstrukturen aufgebaut werden. Denn Menschen, die im Norden bisher erreicht werden konnten, sind größtenteils in den Süden geflohen und leben dort an Stellen, wo es keine Verteilstrukturen gibt.

.) Internationale staatliche Kritik an Israel, Krieg in Nahost: Spanien klagt an:

<https://www.jungewelt.de/artikel/461410.krieg-in-nahost-spanien-klagt-an.html>

Protestdemonstration in Barcelona (11. Oktober)

In der EU und in Lateinamerika nimmt die Kritik an Israels Vorgehen in Gaza zu. Die spanische Ministerin für soziale Rechte und Vorsitzende der Linkspartei Podemos, Ione Belarra, forderte ihren sozialdemokratischen Koalitionspartner jetzt sogar auf, die diplomatischen Beziehungen zu Israel auszusetzen. Sie reagierte damit auch auf Unterstellungen der Botschaft des Landes nach einer Kritik an israelischen Massakern: Nachdem Belarra eine Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu wegen Kriegsverbrechen gefordert hatte, erklärte die Botschaft Tel Avivs, »gewisse Mitglieder der spanischen Regierung haben entschieden, sich auf die Seite dieses IS-ähnlichen Terrorismus zu schlagen«.

Statt einzuknicken, bekräftigt die Politikerin nun ihre Kritik und legte nach. »Ich habe heute unseren Partner, den PSOE, gebeten, den Kampf gegen den geplanten Völkermord, den Israel am palästinensischen Volk verübt, ernster zu nehmen. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir die diplomatischen Beziehungen zum Staat Israel dringend aussetzen sollten«, sagte Belarra am Mittwoch vor Journalisten in Madrid. Sie forderte die Regierung zudem auf, sich auf EU-Ebene für Wirtschaftssanktionen »gegen die Verantwortlichen für diese Taten, Premierminister Netanjahu und seine gesamte Regierung« und für ein Waffenembargo einzusetzen, »um den wahllosen Bombardierungen der Zivilbevölkerung ein Ende zu bereiten«. Spanien hatte am 1. Juli den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen.

Vizepräsidentin Yolanda Díaz vom linken Bündnis »Sumar«, dem auch Podemos angehört, warnte zwar davor, den Krieg »in die interne Debatte über die spanische Politik« einzubringen, verurteilte aber ebenfalls die Bombardierung des Krankenhauses in Gaza als Kriegsverbrechen. Nicht überraschend warf der oppositionelle rechte Partido Popular (PP) den Ministerinnen pauschal »Antisemitismus« vor. Der PP-Politiker Esteban González habe Premier Pedro Sánchez (PSOE) im Namen seiner Partei aufgefordert, derartige Positionen innerhalb der Regierung »auszurotten«, berichtete die Agentur *Efe*. Demgegenüber wies der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell am Mittwoch in einer Debatte im EU-Parlament darauf hin, dass die Unterbrechung der Wasserversorgung von Zivilisten »gegen internationales Recht verstößt« und es Europa »an moralischer Autorität mangelt«, wenn es sich darauf beschränkt, solche Fälle nur dann anzuprangern, wenn sie in der Ukraine geschehen.

Der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping erklärte bei einem Treffen in Beijing am Donnerstag mit dem ägyptischen Premier Mustafa Madbuli, eine »Feuerpause und ein Ende des Krieges« habe oberste Priorität. Die Volksrepublik sei

bereit, mit Ägypten und anderen arabischen Ländern eine langanhaltende Lösung für die »Palästina-Frage« zu koordinieren. Die USA dagegen hatten am Mittwoch im UN-Sicherheitsrat ihr Veto gegen einen Antrag Brasiliens eingelegt, in dem eine »humanitäre Feuerpause« und die Freilassung der Geiseln gefordert wurde. In Lateinamerika nimmt die Kritik am Westen nicht nur deswegen zu. Chiles Präsident Gabriel Boric bezeichnete die israelische Bombardierung des Gazastreifens als »barbarisch«. Und Kolumbiens diplomatische Beziehungen zu Israel stehen nach Einschätzung der Tageszeitung *El País* kurz vor dem Abbruch, nachdem Staatschef Gustavo Petro der Regierung Netanjahu ebenfalls Völkermord vorgeworfen hatte.

.) Krieg in Nahost: Hisbollah hat sich laut Israel zu Teilnahme an Kämpfen entschieden :

<https://web.de/magazine/politik/nahostkonflikt/krieg-nahost-hisbollah-israel-teilnahme-kaempfen-entschieden-38789348>

Israel müsse wachsam sein und sich auf jedes mögliche Szenario vorbereiten, sagte Joav Gallant.

.) Geschichte der Hamas: Herrschaft mit Geheimstrukturen:

<https://taz.de/Geschichte-der-Hamas/!5965057/>

Wie die Terrororganisation 1987 gegründet wurde, sich vor wenigen Jahren ein überraschendes neues Programm gab und es nun zum Angriff auf Israel kam.

.) Hamburger Polizei löst Pro-Palästina-Demo in St. Georg auf :

Hunderte bei pro-palästinensischer Demo – Polizei rückt mit Wasserwerfer an

[Hamburger Polizei löst Pro-Palästina-Demo in St. Georg auf | NDR.de - Nachrichten – Hamburg](#)

Die Hamburger Polizei hat am Sonnabendnachmittag eine Pro-Palästina-

Demonstration in St. Georg aufgelöst. Etwa 300 Menschen hatten sich zu der Kundgebung versammelt - trotz des weiterhin bestehenden Verbots.

Die Demonstrierenden hatten sich gegen 14.30 Uhr auf dem Steindamm und in den umliegenden Straßen versammelt. Mit Lautsprecherdurchsagen auf Deutsch und Arabisch informierten die Beamten und Beamtinnen über das bestehende Verbot von Pro-Palästina-Demonstrationen. Die Polizei kündigte auch an, Wasserwerfer und Pfefferspray einzusetzen, sollte der Protest nicht beendet werden.

Das ganze ohne einen einzigen antisemitischen oder pro Hamas Ruf.

.) Wenn Netanjahu sich durchsetzt, „wird Israel keine liberale Demokratie mehr sein“: <https://www.rnd.de/politik/israels-ehemaliger-botschafter-aktuelle->

regierung-zum-teil-faschistisch-RNZ5LP7WBZHNPJX66BKLUHXTI.html

Schimon Stein war von 2001 bis 2007 Israels Botschafter in Deutschland. Er sieht die Demokratie in Israel durch die gegenwärtige „zum Teil faschistische“ Regierung in Gefahr. Der Bundeskanzler müsse Netanjahu beim Besuch in Berlin offen kritisieren – das sei echte Freundschaft.

Wir befinden uns in einer kritischen Lage. Netanjahu hat eine Koalition zusammengestellt, die ihm helfen soll, eine Amtsenthebung wegen seines Korruptionsprozesses sowie eine Gefängnisstrafe zu umgehen. Das ist der einzige Grund für diese Justizreform. Und an dieser Koalition, die zum Teil missionarisch und faschistisch ist und ihn erpressen kann, hängt Netanjahus Schicksal. Und vom Schicksal dieser Einzelperson hängt wiederum das Schicksal des Landes ab.

Anmerkung: In deutschen Regierungskreisen spricht paradoxerweise man davon, dass Israel die einzige funktionierende Demokratie im Nahen Osten sei.

.) Krieg in Nahost: Al-Arabija-Interview mit Hamas-Mann: "Wollen Sie sich entschuldigen?" : <https://web.de/magazine/politik/nahostkonflikt/krieg-nahost-al-arabija-interview-hamas-entschuldigen-38791386>

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=OYsy3O0wLU0>

.) Repression gegen Palästinenser: Gute Demo, schlechte Demo :

<https://www.jungewelt.de/artikel/461563.repression-gegen-pal%C3%A4stinenser-gute-demo-schlechte-demo.html>

Politik bekennt sich einseitig zur »Israel-Solidarität«. Beteiligung an palästinasolidarischen Demonstrationen in vielen Städten.

Klar nach Staatsräson: [Während das Leid der Bevölkerung in Gaza auf Berlins Straßen nicht thematisiert werden durfte](#), gab es staatlichen Zuspruch für eine proisraelische Kundgebung vor dem Brandenburger Tor. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier rief vor knapp 3.000 Teilnehmern zur Solidarität mit Israel auf. »Tief eingebrannt in unser aller Gedächtnis« werde der 7. Oktober, der Tag des Angriffs der Hamas, »sein und bleiben auf ewig«, erklärte er. Den Menschen in Israel rufe er zu: »Ihr seid nicht allein, wir stehen in diesen furchtbaren Zeiten an eurer Seite, euer Schmerz ist unser Schmerz.«

[Trotz der medialen Hetze und Repression gegen alle Formen von Palästina-Solidarität](#) haben am Sonnabend Tausende Menschen in der BRD für die Befreiung Palästinas und gegen die israelischen Angriffe auf Gaza demonstriert. Auch in Berlin demonstrierten am Sonnabend Tausende – trotz anhaltender Demoverbote – von Kreuzberg nach Neukölln. In Düsseldorf nahmen mehrere tausend Menschen an einer Pro-Palästina-Demonstration teil. Ein Polizeisprecher schätzte die

Teilnehmerzahl auf 5.500, wie die Nachrichtenagentur *dpa* berichtete. Kundgebungen gab es auch in Köln, Münster, Bielefeld und weiteren Städten. In Frankfurt am Main demonstrierten rund 700 Teilnehmer für Palästina. In Düsseldorf zogen die Demonstranten vom Hauptbahnhof über die Königsallee zum Landtag. Auf den Spruchbändern standen Parolen wie »Für Frieden, Gerechtigkeit, Menschenwürde in Palästina« oder »Gegen Krieg, Gewalt und Aggression in Gaza«. Viele Teilnehmer schwenkten Palästina-Fahnen. Anders als es die hetzerische Berichterstattung etwa des Boulevardblatts *Bild* nahelegte, blieb es friedlich. Bis zum Nachmittag habe es keine Zwischenfälle gegeben, erklärte eine Polizeisprecherin gegenüber *dpa*.

In Münster nahmen laut Polizei rund 1.000 Menschen an einem palästinasolidarischen Umzug teil. Der Versammlungsleiter und sein Stellvertreter hätten »rechtswidrige Parolen« gerufen, behauptete ein Polizeisprecher. Da die beiden sich uneinsichtig gezeigt hätten, seien sie zur Verhinderung weiterer Straftaten vorübergehend in Gewahrsam genommen und nach dem Ende der Demonstration wieder entlassen worden.

.) Lage im Westjordanland:

[Lage im Westjordanland: Luftangriff und hunderte Festnahmen – taz.de](#) Luftangriff und hunderte Festnahmen, „Israel geht gegen Militante im Westjordanland vor. Insgesamt wurden dort rund 90 Palästinenser binnen zwei Wochen getötet – auch durch Siedlergewalt.

.) Der palästinensische Botschafter in Berlin:

<https://www.deutschlandfunk.de/interview-der-woche-100.html>
Hörfunk – bitte mal Reinhören!

.) Der Iran versucht, Journalisten der BBC Persian einzuschüchtern:

<https://jungle.world/artikel/2023/42/konkrete-drohungen-gegen-die-mitarbeiter>
Dass Journalisten im Iran nicht ungefährlich leben, ist bekannt. Dass das Mullah-Regime auch im Ausland lebende Medienschaffende bedroht, konkret: das Personal des BBC-Auslandsservices »BBC Persian«, ist außerhalb von Großbritannien kaum beachtet worden. Dabei hatte die BBC sich bereits 2018 beim UN-Menschenrechtsrat in Genf darüber beschwert, dass seit der Wiederwahl des damaligen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad im Jahr 2009 nicht nur die Angestellten, sondern auch deren noch im Iran lebenden Familienangehörigen belästigt und bedroht würden. Woraufhin sich exakt nichts änderte, vielmehr veröffentlichte das iranische Außenministerium 2022 auf Telegram eine Liste mit den

Namen von Organisationen und Menschen, die angeblich »vorsätzlich Terrorismus unterstützen sowie zu Gewalt und Menschenrechtsverletzungen anstiften« und gegen die daher Sanktionen verhängt würden. Zu diesen Sanktionen, so hieß es damals, werde die Verweigerung von Visa gehören, aber auch die mögliche Beschlagnahmung von Vermögen im Iran.

.) Israel ist dabei, einen schrecklichen Fehler zu begehen :

<https://www.infosperber.ch/politik/welt/israel-ist-dabei-einen-schrecklichen-fehler-zu-begehen/>

Wenn Israel jetzt Hals über Kopf in den Gazastreifen einmarschiert, um die Hamas zu zerstören – und dies tut, ohne sich klar zu einer Zweistaatenlösung mit der Palästinensischen Autonomiebehörde und zur Beendigung der jüdischen Siedlungen tief im Westjordanland zu bekennen –, wird es einen schweren Fehler begehen, der für die israelischen und amerikanischen Interessen verheerend sein wird.

.) Amnesty International 2022: Bericht über das brutale Apartheitsregime Israels über die Palästinenser: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/israel-und-besetzte-gebiete-2022>

Zusammenfassung :

*Der im Original 182 Seiten umfassende Bericht [Israel's Apartheid against Palestinians: Cruel System of Domination and Crime against Humanity](#) kommt zum Schluss, dass die umfangreichen Beschlagnahmungen von palästinensischem Land und Eigentum, die rechtswidrigen Tötungen, Zwangsumsiedlungen, drastischen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und die Verweigerung der Nationalität und der Staatsbürgerschaft für Palästinenser*innen Bestandteile eines Systems sind, das nach internationalem Recht Apartheid darstellt. Dieses System wird durch Menschenrechtsverletzungen aufrechterhalten.*

Israels Apartheid gegen die Palästinenser*innen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die israelischen Behörden müssen für das Verbrechen der Apartheid zur Verantwortung gezogen werden, schreibt Amnesty International in einem neuen Bericht. Darin wird detailliert

aufgezeigt, wie der Staat Israel ein System der Unterdrückung und Herrschaft über die Palästinenser*innen durchsetzt.

Wo immer der israelische Staat Kontrolle über die Rechte von Palästinenser*innen hat, werden diese systematisch unterdrückt und beherrscht. Dies gilt für Palästinenser*innen in den besetzten palästinensischen Gebieten (einschliesslich Ostjerusalem), im Staat Israel sowie für palästinensische Flüchtlinge in anderen Ländern.

Der im Original 182 Seiten umfassende Bericht [*Israel's Apartheid against Palestinians: Cruel System of Domination and Crime against Humanity*](#) kommt zum Schluss, dass die umfangreichen Beschlagnahmungen von palästinensischem Land und Eigentum, die rechtswidrigen Tötungen, Zwangsumsiedlungen, drastischen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und die Verweigerung der Nationalität und der Staatsbürgerschaft für Palästinenser*innen Bestandteile eines Systems sind, das nach internationalem Recht Apartheid darstellt. Dieses System wird durch Menschenrechtsverletzungen aufrechterhalten, die nach Einschätzung von Amnesty International den Tatbestand der Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfüllen – so wie diese das Römer Statut und die Konvention gegen Apartheid definieren. Amnesty International fordert den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) auf, das Verbrechen der Apartheid bei seinen laufenden Ermittlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten zu berücksichtigen, und appelliert an alle Staaten, die universelle Gerichtsbarkeit anzuwenden, um diejenigen vor Gericht zu bringen, die Apartheidverbrechen begangen haben.

Ob sie im Gazastreifen, in Ostjerusalem, in Hebron oder in Israel selbst leben, Palästinenser*innen werden als separate und nachrangige Gruppe behandelt und systematisch ihrer Rechte beraubt.» Agnès Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International

Unser Bericht zeigt das wahre Ausmass des israelischen Apartheidregimes», sagt Agnès Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International. «Ob sie im Gazastreifen, in Ostjerusalem, in Hebron oder in Israel selbst leben, Palästinenser*innen werden als separate und nachrangige Gruppe behandelt und systematisch ihrer Rechte beraubt. Die Recherchen zeigen, dass Israels Politik der Segregation, Enteignung und Ausgrenzung in allen von den israelischen Behörden kontrollierten Territorien der Apartheid gleichkommt. Hier muss die internationale Gemeinschaft handeln.

Es gibt keine Rechtfertigung für ein System, das auf einer institutionalisierten rassistischen Unterdrückung von Millionen von Menschen beruht. Apartheid hat keinen Platz in unserer Welt. Regierungen, die Israel weiterhin mit Waffen beliefern und das Land vor der Rechenschaftspflicht in der UNO schützen, unterstützen ein Apartheidsystem, untergraben die internationale Rechtsordnung und verschlimmern die Menschenrechtsverletzungen am palästinensischen Volk. Die internationale

Gemeinschaft muss sich mit der Apartheid durch die israelischen Behörden auseinandersetzen und eine gerechtere Situation herbeiführen.

Die Ergebnisse von Amnesty International knüpfen an eine wachsende Zahl von Arbeiten palästinensischer, israelischer und internationaler NGOs an, die das völkerrechtliche Konzept der Apartheid zunehmend auf die Situation in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten anwenden.

Verbrechen der Apartheid identifiziert

Ein Apartheidsystem ist ein institutionelles Regime der Unterdrückung und Herrschaft einer Gruppe über eine andere. Im internationalen Strafrecht stellen bestimmte rechtswidrige Handlungen, die im Rahmen eines Systems von Unterdrückung und Herrschaft und in der Absicht, es aufrechtzuerhalten, begangen werden, Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Gemäss der [Konvention gegen Apartheid](#) umfassen die Verbrechen der Apartheid rechtswidrige Tötungen, Folter, Zwangsumsiedlungen und die Verweigerung grundlegender Rechte und Freiheiten.

Die umfangreichen Recherchen und rechtlichen Analysen von Amnesty International, die in Konsultation mit externen Expert*innen durchgeführt wurden, zeigen, dass die israelische Regierung ein solches System gegen Palästinenser*innen durchsetzt – und zwar mit Gesetzen, politischen Massnahmen und Praktiken. Amnesty International hat in allen von der israelischen Regierung kontrollierten Gebieten Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, die gemäss der Konvention gegen Apartheid und dem Römer Statut verboten sind; in den besetzten palästinensischen Gebieten kommen sie jedoch häufiger und gewaltsamer vor als in Israel.

Die israelischen Behörden schränken die Bewegungsfreiheit für Palästinenser*innen in den besetzten palästinensischen Gebieten massiv ein und verweigern palästinensischen Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr. Der Bericht dokumentiert auch Zwangsumsiedlungen, Verwaltungshaft, Folter und rechtswidrige Tötungen, sowohl in Israel als auch in den besetzten palästinensischen Gebieten. Die rechtswidrige Tötung von palästinensischen Demonstrierenden ist ein deutliches Beispiel dafür, wie die israelischen Behörden Menschenrechtsverletzungen zur Aufrechterhaltung des Status Quo einsetzen. Im Jahr 2018 begannen Palästinenser*innen in Gaza mit wöchentlichen Protesten entlang der Grenze zu Israel und forderten das Rückkehrrecht für Flüchtlinge und ein Ende der Blockade. Noch bevor die Proteste begannen, warnten hohe israelische Regierungsvertreter*innen, dass Palästinenser*innen, die sich der Mauer näherten, erschossen würden. Bis Ende 2019 töteten die israelischen Streitkräfte 214 Zivilist*innen, darunter 46 Kinder.

Amnesty International kommt zum Schluss, dass diese Menschenrechtsverletzungen Teil eines systematischen und breit angelegten Angriffs gegen die palästinensische

Bevölkerung sind und in der Absicht begangen werden, das System der Unterdrückung und Herrschaft aufrechtzuerhalten. Damit erfüllen sie den Tatbestand der Apartheid und stellen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Angesichts der in dem Bericht dokumentierten systematischen rechtswidrigen Tötung von Palästinenser*innen fordert Amnesty International den Uno-Sicherheitsrat auf, ein umfassendes Waffenembargo gegen Israel zu verhängen. In Anbetracht der tausenden Zivilist*innen, die von den israelischen Streitkräften rechtswidrig getötet wurden, sollte dies alle Waffen und Munition sowie Polizeiausrüstung umfassen. Der Uno-Sicherheitsrat sollte ausserdem gezielte Sanktionen wie das Einfrieren von Vermögenswerten gegen israelische Regierungsvertreter*innen verhängen, die am tiefsten in das Verbrechen der Apartheid verwickelt sind.

Palästinenser*innen als demografische Bedrohung

Seit der Staatsgründung 1948 verfolgen die israelischen Behörden eine Politik, die darauf abzielt, eine jüdische Bevölkerungsmehrheit zu schaffen und zu erhalten und die Kontrolle über Land und Ressourcen zum Nutzen der jüdischen Israelis zu maximieren. 1967 dehnte die israelische Regierung diese Politik auf das Westjordanland und den Gazastreifen aus. Heute werden alle von der israelischen Regierung kontrollierten Gebiete mit dem Ziel verwaltet, jüdische Israelis zum Nachteil der Palästinenser*innen zu begünstigen.

Amnesty International stellt den Wunsch der israelischen Regierungen, jüdischen Menschen eine Heimat bieten zu wollen, nicht in Frage. Amnesty International ist auch nicht der Ansicht, dass die Bezeichnung Israels als «jüdischer Staat» an sich schon auf die Absicht hinweist, zu unterdrücken und zu dominieren.

Amnesty International erkennt an, dass jüdische Menschen ebenso wie Palästinenser*innen ein Recht auf Selbstbestimmung beanspruchen, und stellt den Wunsch der israelischen Regierungen, jüdischen Menschen eine Heimat bieten zu wollen, nicht in Frage. Amnesty International ist auch nicht der Ansicht, dass die Bezeichnung Israels als «jüdischer Staat» an sich schon auf die Absicht hinweist, zu unterdrücken und zu dominieren.

Der Bericht von Amnesty International zeigt jedoch, dass verschiedene israelische Regierungen die Palästinenser*innen als demografische Bedrohung dargestellt haben, um ihre Präsenz und ihren Zugang zu Land in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten zu kontrollieren und einzuschränken. Durch offizielle Pläne zur Erhöhung des Anteils jüdischer Bewohner*innen in Gebieten in Israel und

im Westjordanland, einschliesslich Ostjerusalem, sind weiterhin tausende Palästinenser*innen der Gefahr einer Zwangsumsiedlung ausgesetzt.

Unterdrückung über territoriale Grenzen hinweg

Die Kriege von 1947-49 und 1967, Israels andauernde Besatzung der palästinensischen Gebiete und die Schaffung verschiedener Rechts- und Verwaltungssysteme innerhalb des Territoriums haben die palästinensischen Gemeinschaften voneinander getrennt und von der jüdischen Bevölkerung Israels separiert. Palästinenser*innen sind geografisch und politisch zersplittert und erfahren je nach ihrem Aufenthaltsort und ihrem rechtlichen Status unterschiedliche Formen der Unterdrückung.

Palästinensische Bürger*innen Israels haben derzeit mehr Rechte und Freiheiten als Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten. Gleichzeitig unterscheiden sich die Erfahrungen der Palästinenser*innen im Gazastreifen stark von denen im Westjordanland. Die Recherchen von Amnesty International zeigen jedoch, dass alle Palästinenser*innen demselben übergreifenden System unterworfen sind. Die israelischen Behörden verfolgen in allen Bereichen dasselbe Ziel: die jüdische Bevölkerung Israels bei der Verteilung von Land und Ressourcen zu bevorzugen und die palästinensische Präsenz und ihren Zugang zu Land zu minimieren.

Amnesty International zeigt, dass die israelischen Behörden die Palästinenser*innen als separate und nachrangige Gruppe behandeln, definiert mittels ihrer nicht-jüdischen, arabischen Identität. Diese rassistische Diskriminierung ist in Gesetzen verankert, die Palästinenser*innen in ganz Israel und in den besetzten palästinensischen Gebieten betreffen. Palästinensischen Bürger*innen in Israel wird die Nationalität verwehrt und sie werden so rechtlich von jüdischen Israelis unterschieden.

Im Westjordanland und im Gazastreifen, wo die israelischen Behörden seit 1967 das Melderegister kontrollieren, besitzen Palästinenser*innen keine Staatsangehörigkeit. Die meisten werden als staatenlos betrachtet und benötigen ein Ausweisdokument des israelischen Militärs, um in den besetzten Gebieten zu leben und zu arbeiten. Palästinensischen Flüchtlingen, die in den bewaffneten Konflikten von 1947-49 und 1967 vertrieben wurden, und ihren Nachkommen wird das Recht auf Rückkehr an ihre früheren Wohnorte unter grober Verletzung internationalen Rechts nach wie vor verweigert.

Seit 1967 wurden mehr als 14.000 Palästinenser*innen aus Ostjerusalem die Aufenthaltsgenehmigung entzogen, und sie mussten die Stadt gegen ihren Willen verlassen.

Palästinenser*innen im annektierten Ostjerusalem erhalten anstelle der Staatsbürgerschaft einen dauerhaften Aufenthaltsstatus. Allerdings wurden seit 1967 mehr als 14'000 Palästinenser*innen die Aufenthaltsgenehmigung entzogen, und sie mussten Ostjerusalem gegen ihren Willen verlassen.

Soziale und wirtschaftliche Benachteiligung

2018 fand die Diskriminierung der Palästinenser*innen Ausdruck im Nationalstaatsgesetz, das Israel zum ersten Mal als «Nationalstaat des jüdischen Volkes» bezeichnete – und das, obwohl rund 21 Prozent der Bevölkerung Israels Palästinenser*innen sind. Das Gesetz begünstigt ausserdem den Bau jüdischer Siedlungen und verringert die Bedeutung des Arabischen als offizielle Sprache in Israel.

Der Bericht von Amnesty International dokumentiert, wie Palästinenser*innen auf 80 Prozent des staatlichen israelischen Landes wirksam daran gehindert werden, Land zu pachten. Grund dafür sind die rassistischen Beschlagnahmungen von Land und ein Netz aus diskriminierenden Gesetzen zu Landvergabe, Planung und Raumordnungsvorhaben.

Die Situation in der Negev-Wüste/Naqab im Süden Israels ist ein gutes Beispiel dafür, wie Planungs- und Baumassnahmen Palästinenser*innen absichtlich ausschliessen. Seit 1948 kennzeichnen die israelischen Behörden grosse Bereiche im Negev/Naqab als Naturschutzgebiete oder militärische Schiesszonen. Zudem soll die Zahl der jüdischen Bevölkerung erhöht werden – mit verheerenden Folgen für zehntausende palästinensische Beduin*innen, die in der Region leben.

Fünfunddreissig Dörfer mit 68'000 Menschen werden derzeit von Israel nicht anerkannt und sind somit von der nationalen Strom- und Wasserversorgung abgeschnitten. Die Bewohner*innen dürfen politisch nicht mitwirken und sind vom Gesundheits- und Bildungssystem ausgeschlossen. Diese Bedingungen haben viele Menschen dazu gezwungen, ihre Häuser und Dörfer zu verlassen, was einer Zwangsumsiedlung gleichkommt.

Seit 1948 haben die israelischen Behörden hunderttausende palästinensische Häuser in allen Gebieten, die unter israelischer Gerichtsbarkeit stehen, abgerissen. Die israelischen Behörden verweigern den Palästinenser*innen in Ostjerusalem und der Zone C im Westjordanland Baugenehmigungen und zwingen sie dadurch, illegale Bauten zu errichten, die dann wieder abgerissen werden.

In den besetzten palästinensischen Gebieten verschärft die ständige Ausweitung der rechtswidrigen israelischen Siedlungen die Situation. Israelische Siedlungen bedecken heute 10 Prozent des Landes im Westjordanland, und etwa 38 Prozent des palästinensischen Landes in Ostjerusalem wurde zwischen 1967 und 2017 enteignet. Die jahrzehntelange bewusste Ungleichbehandlung der palästinensischen

Bürger*innen Israels hat dazu geführt, dass sie im Vergleich zur jüdischen Bevölkerung wirtschaftlich benachteiligt sind. Verschärft wird dieses Problem durch die diskriminierende Zuweisung staatlicher Mittel: Ein jüngstes Beispiel ist das Corona-Konjunkturpaket der Regierung, von dem nur 1,7 Prozent an die palästinensischen Kommunalbehörden gingen.

Drakonische Einschränkungen der Bewegungsfreiheit

Seit Mitte der 1990er Jahre schränken die israelischen Behörden die Bewegungsfreiheit in den besetzten palästinensischen Gebieten immer stärker ein. Ein 700 Kilometer langer Zaun, den die israelischen Behörden immer weiter ausbauen, schliesst palästinensische Gemeinden durch Militärzonen ein. Die Bewohner*innen müssen mehrere Sondergenehmigungen einholen, wenn sie ihre Häuser betreten oder verlassen wollen. Im Gazastreifen leben mehr als zwei Millionen Palästinenser*innen unter einer israelischen Blockade, die zu einer humanitären Krise geführt hat. Für die Bewohner*innen des Gazastreifens ist es nahezu unmöglich, ins Ausland oder in die anderen besetzten palästinensischen Gebiete zu reisen. Sie sind praktisch vom Rest der Welt abgeschottet.

«Die Palästinenser*innen werden durch die Schwierigkeit zu reisen, ständig an ihre Ohnmacht erinnert. Jeder ihrer Schritte muss vom israelischen Militär genehmigt werden und selbst bei der einfachsten alltäglichen Erledigung müssen sie sich durch ein Netz von gewaltsamen Kontrollen bewegen», sagt Agnès Callamard. «Das Genehmigungssystem in den besetzten palästinensischen Gebieten zeigt die Diskriminierung exemplarisch. Während die Palästinenser*innen in einer Blockade gefangen sind, stundenlang an Checkpoints festsitzen oder auf eine weitere Genehmigung warten, können sich jüdisch-israelische Staatsbürger*innen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten nach Belieben bewegen.»

Amnesty International hat alle Sicherheitsbedenken, die die israelischen Behörden als Grundlage für die Behandlung von Palästinenser*innen anführen, einzeln geprüft. Der Bericht zeigt, dass, einige der israelischen Massnahmen zwar zur Erfüllung legitimer Sicherheitsziele entworfen wurden; sie wurden jedoch extrem unverhältnismässig und diskriminierend umgesetzt und verstossen damit gegen internationales Recht. Andere politische Massnahmen entbehren jeder sicherheitspolitischen Grundlage und zeichnen sich deutlich durch die Absicht der Unterdrückung und Herrschaft aus.

Der Weg in die Zukunft

Amnesty International gibt zahlreiche konkrete Empfehlungen, wie die israelischen Behörden das Apartheidsystem und die Diskriminierung, Segregation und Unterdrückung, die es aufrechterhalten, abbauen können.

Amnesty fordert, als ersten Schritt die Praxis der Häuserabrisse und rechtswidrigen Zwangsräumungen zu beenden. Die israelische Regierung muss allen Palästinenser*innen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten im

Einklang mit internationalen Menschenrechtsnormen und den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts die gleichen Rechte gewähren. Sie muss das Recht der palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen auf Rückkehr dorthin, wo sie oder ihre Familien einst lebten, anerkennen und die Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit umfassend entschädigen.

Israel muss das Apartheidsystem abschaffen und beginnen, die Palästinenser*innen als Menschen mit gleichen Rechten und gleicher Würde zu behandeln.

Das Ausmass und die Schwere der von Amnesty International dokumentierten Menschenrechtsverletzungen erfordern einen radikalen Wandel in der Herangehensweise der internationalen Gemeinschaft an die Menschenrechtskrise in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten. «Alle Staaten können nach internationalem Recht die universelle Gerichtsbarkeit über Personen ausüben, die im begründeten Verdacht stehen, das Verbrechen der Apartheid begangen zu haben, und die Vertragsstaaten der Konvention gegen Apartheid sind verpflichtet, dies zu tun. Die internationale Reaktion auf die Apartheid darf sich nicht länger in Lippenbekenntnissen und zweideutigen Äusserungen erschöpfen. Wenn wir die Ursachen nicht bekämpfen, werden Palästinenser*innen und Israelis in dem Kreislauf der Gewalt gefangen bleiben, der so viele Leben zerstört hat», sagt Agnès Callamard.

Israel muss das Apartheidsystem abschaffen und beginnen, die Palästinenser*innen als Menschen mit gleichen Rechten und gleicher Würde zu behandeln. Solange das nicht der Fall ist, liegen Frieden und Sicherheit für Israelis wie Palästinenser*innen in weiter Ferne.

.) UN Generalsekretär António Guterres kritisiert Israels Vorgehen im Gazastreifen
<https://www.tagesschau.de/ausland/guterres-nahost-streit-100.html>

Guterres kritisierte insbesondere die Angriffe Israels auf den Gazastreifen und die dadurch ausgelöste humanitäre Katastrophe für die dort lebende Zivilbevölkerung. "Der Schutz der Zivilbevölkerung bedeutet nicht, mehr als eine Million Menschen zur Evakuierung in den Süden zu befehlen, wo es keine Unterkünfte, keine Nahrung, kein Wasser, keine Medikamente und keinen Treibstoff gibt, und dann den Süden selbst weiter zu bombardieren", so Guterres.

Guterres warnte auch vor einer "kollektiven Bestrafung" der Palästinenser nach dem Hamas-Angriff und prangerte "klare Verletzungen des humanitären Völkerrechts" im Gazastreifen an. "Keine Partei eines bewaffneten Konflikts steht über dem internationalen humanitären Recht", sagte der UN-Generalsekretär. Auch der

palästinensische Außenminister Rijad al-Maliki warf Israel während der Sitzung ein "Massaker" im Gazastreifen vor.

Der Gazastreifen gehört zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Welt. Mehr als zwei Millionen Menschen leben in dem zum Großteil an Israel angrenzenden Landstrich an der Mittelmeerküste. Das Gebiet ist größtenteils abgeschlossen und von internationalen humanitären Hilfslieferungen abhängig. Seit dem Angriff der Hamas hat sich [die Lage für die Menschen weiter verschlimmert](#) - Nahrung, Trinkwasser oder auch Treibstoff zur Energiegewinnung werden dringend benötigt, Hunderttausende sind auf der Flucht.

Der israelische Außenminister Eli Cohen attackierte Guterres während der Sitzung in New York für seine kritischen Äußerungen zu Israel scharf – [siehe Link am Anfang](#).

.) Hamas: Netanjahus geliebter Feind :

<https://makroskop.eu/34-2023/hamas-netanjahus-geliebter-feind/>

Jahrelang haben Netanjahu und die religiöse Rechte in Israel die Hamas gestärkt – auf Kosten der Anti-Terror-Instanz, der moderaten Palästinensischen Autonomiebehörde. Nachdem das Massaker Netanjahus Regierung stabilisiert hat, bleibt es unklar, ob Israel die Hamas im Gazastreifen entwaffnen und stürzen wird.

.) Kommentare Nahost,,Ist das noch Demokratie?,Hebh Jamal schreibt über antipalästinensische Repression in Deutschland, während sie um ihre Familie in Gaza bangt: [Nahost: Ist das noch Demokratie? | nd-aktuell.de](#)

Der israelische Vergeltungsschlag auf den Gazastreifen kostete nach Angaben palästinensischer Behörden inzwischen über 5000 Palästinensern, darunter 2000 Kinder, das Leben. In den vergangenen zwei Wochen wurde in Deutschland ein Palästina-solidarischer Protest nach dem anderen verboten, immer wieder kam es zu massiver Polizeigewalt – selbst bei Trauerveranstaltungen. Videoaufnahmen aus Berlin zeigen rassistische Übergriffe und ständige Schikanen arabisch-gelesener Menschen in Berlin-Neukölln.

Da meine gesamte Großfamilie derzeit in Gaza unter ständigem Bombardement steht, das von amerikanischen und deutschen Steuergeldern mitfinanziert wird, frage ich mich: Warum können wir nicht um unsere Toten trauern? Warum hat Deutschland so viel Angst vor uns, die wir ein besseres Leben für unsere Freunde und Familie in Gaza fordern?

.) Palästinenser*innen im Libanon: Sehnsucht nach einem Zuhause :

<https://taz.de/Palaestinerinnen-im-Libanon!/5965510/>

Hunderttausende Palästinenser*innen leben im Libanon – ohne Rechte und Perspektive. Wie blicken sie auf den Krieg zwischen Israel und Hamas? Schmal sind die Gassen in Schatila. So schmal, dass die Sonnenstrahlen es hier, im Westen der libanesischen Hauptstadt Beirut, kaum auf den Asphalt schaffen. Tief von den unverputzten Häuserwänden hängen etliche Kabel. So tief, dass es bei Regen immer wieder zu tragischen Unglücken kommt: Wenn spielende Kinder von tödlichen Stromschlägen getroffen werden.

.) Fotoreihe: 25.10.2023 Kundgebung, Lasst uns friedlich unsere Stimmen erheben für die Menschen und den Frieden im Nahen Osten - auch für das palästinensische Volk! <https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20231025-13/album/index.html>

.) Ärzte ohne Grenzen - Palästinensische Gebiete – Spende: https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/online-spenden?utm_source=adwords&pc=A_A-Brand_aerzte-ohne-grenzen&pk=%C3%A4rzte%20ohne%20grenzen&gclid=EAJalQobChMI9vvc_6qTggMVCv53Ch3cUQwzEAAYASAAEgJxWfD_BwE

Wir sind seit vielen Jahren und aktuell vor Ort. Als medizinische Nothilfeorganisation gilt unsere erste Sorge dem Schutz und der Gesundheit der Zivilbevölkerung

Weiter unter: Unsere Hilfe in den Palästinensischen Gebieten | Ärzte ohne Grenzen (aerzte-ohne-grenzen.de)

Spende: Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

BIC: GENODED1SPK Spenden: Ärzte ohne Grenzen – Palästina

.) Gazakrieg: Zweite Nakba :

<https://www.jungewelt.de/artikel/461823.gazakrieg-zweite-nakba.html>

Vertriebene Palästinenser aus dem nördlichen Gazastreifen suchen Schutz in Khan Junis.

Israel steht kurz davor, Hunderttausende Bewohnerinnen und Bewohner des Gazastreifens, vielleicht die gesamte Bevölkerung des winzig kleinen Gebiets, mehr als zwei Millionen Menschen, über den einzigen möglichen Ausweg nach Ägypten zu vertreiben. Ist das eine übertriebene, vielleicht sogar aus der Luft gegriffene Prognose? Betrachten wir die Fakten.

Mehrere Unterorganisationen der Vereinten Nationen, darunter das Kinderhilfswerk UNICEF und das für Palästina zuständige Flüchtlingshilfswerk UNRWA, geben die Zahl der Menschen, die seit Beginn des neuen Gaza-Krieges aus ihren Wohnungen

flüchten mussten, mit mehr als einer Million an. Annähernd 600.000 von ihnen haben notdürftig Unterkunft in den völlig überfüllten 150 Einrichtungen der UNRWA gefunden, wie die Organisation am Dienstag mitteilte. 40 Einrichtungen – Krankenhäuser, Gesundheitszentren, Schulen – wurden seit dem 7. Oktober durch Luftangriffe oder Beschuss beschädigt, 35 Mitarbeiter der UNRWA wurden bisher getötet.

Das Gesundheitsministerium des Gazastreifens warnte am Montag, dass die medizinischen Dienste kurz vor dem Zusammenbruch stünden. Zwölf Krankenhäuser und 32 Gesundheitszentren hätten schon die Arbeit eingestellt. Hauptgrund ist das Fehlen von Treibstoff und des damit erzeugten Stroms. Israel hat die Versorgung des Gazastreifen vollständig unterbrochen und lässt auch die Lieferung von Treibstoff über den einzigen Grenzübergang nach Ägypten nicht zu. Am Dienstag abend hatte die UNRWA angekündigt, sie werde alle Aktivitäten einstellen, falls die israelischen Streitkräfte keinen Treibstoff über die Grenze lasse. Am Mittwoch warnte die UN-Organisation erneut vor einem nahenden Ende jeglicher humanitärer Hilfe für die unter Durst und Hunger leidenden Menschen in Gaza. »Wir müssen eine Lösung für den Treibstoff finden – sonst kommt unsere Hilfsaktion zum Erliegen«, schrieb sie auf X. Schon jetzt breiten sich die in derartigen Situationen üblichen Erkältungs- und Durchfallerkrankungen aus. Ein großes Problem neben der Blockade der Treibstofftransporte durch Israel ist der Wassermangel. Die Weltgesundheitsorganisation WHO geht davon aus, dass pro Person nur noch ein Fünftel der Wassermenge zur Verfügung steht, die mindestens nötig wäre. Diese Entwicklung war absehbar. Die israelische Regierung hat seit Beginn dieses Krieges auf eine humanitäre Katastrophe hingearbeitet und das offen angekündigt. Bereits am 7. Oktober forderte Premierminister Benjamin Netanjahu die gesamte Bevölkerung auf, den Gazastreifen zu verlassen, da die israelischen Streitkräfte dort nur noch Trümmer hinterlassen würden. Am 8. Oktober drohte der Regierungschef, dass das, was Israel jetzt »seinen Feinden« antun werde, »für Generationen nachklingen« werde. Verteidigungsminister Joaw Galant hatte den gleichen Racheschwur am 7. Oktober so formuliert: An Israels »Antwort im Gazastreifen« auf die Angriffe der Hamas werde man »sich die nächsten 50 Jahre erinnern«. »Der Preis, den der Gazastreifen zahlen muss, wird sehr hoch sein und die Realität für Generationen verändern.«

Dass Israel weit über sein in Anspruch genommenes Recht auf Selbstverteidigung hinausgehen und dass es zu schweren Verbrechen an der palästinensischen Zivilbevölkerung kommen würde, muss allen westlichen Politikern vom ersten Tag an bewusst gewesen sein. Mit ihrem schweigenden oder sogar erklärten Einverständnis sind sie fest in das Geschehen eingebunden. Am 13. Oktober forderte die israelische Regierung die Bewohnerinnen und Bewohner der Nordhälfte des Gazastreifens auf, innerhalb von 24 Stunden ihre Wohnungen zu verlassen und in den Süden zu

flüchten. Vor dem Krieg hatte der Gazastreifen die gleiche Bevölkerungsdichte wie Hongkong. Jetzt ist dieselbe Zahl von Menschen auf die Hälfte der Fläche zusammengedrängt.

Israel verschiebt indessen die angekündigte Bodenoffensive seiner Streitkräfte von Tag zu Tag mit unterschiedlichen Begründungen, lässt die Katastrophe noch weiter anwachsen und wartet auf den Tag, wo Ägypten die Grenze öffnen muss oder Hunderttausende verzweifelte Menschen die Absperrungen durchbrechen. Offiziell erklärt die israelische Regierung, dass man sich noch keine Gedanken über die Zukunft des Gebiets nach dem Krieg mache. Allerdings hatte Verteidigungsminister Galant am Freitag voriger Woche in einem Ausschuss der Knesset gesagt, Israel werde auf jeden Fall die »Verantwortung für das tägliche Leben« im Gazastreifen nicht wieder übernehmen. Gemeint ist offenbar dessen Versorgung mit Wasser und Strom.

Ultrarechte Kräfte, die an der Regierungskoalition beteiligt sind, sprechen jetzt schon offen davon, die vertriebene palästinensische Bevölkerung in »Zeltstädten« auf der ägyptischen Sinaihalbinsel anzusiedeln. Der Gazastreifen solle vollständig »evakuiert« werden, heißt es in einem Papier des Institute for National Security and Zionist Strategies, das in der vorigen Woche veröffentlicht wurde. Israel könne dann das zwangsgeräumte Gebiet jüdischen Siedlern überlassen. Die Autoren des Papiers sind zuversichtlich, dass die westeuropäischen Staaten diese Lösung begrüßen würden, »weil sie das Risiko der illegalen Immigration deutlich verringert«. Im ersten arabisch-israelischen Krieg 1948/49 hatten die Zionisten 700.000 Menschen vertrieben. Die UN-Resolution 194 vom 11. Dezember 1948, die deren Recht auf Rückkehr bekräftigt, lehnt Israel kategorisch ab. Inzwischen ist aus Sicht der westlichen Welt längst Gras über die Sache gewachsen.

.) Auch der Süden GAZAs wird bombardiert:

<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/gaza-evakuierungen-100.html>

Wael Dahdouh, der Chef des Al Jazeera-Büros in Gaza Stadt, beugt sich über sein von einer israelischen Bombe heute (25. Oktober) getötetes Kind – im Süden von Gaza, wohin die Menschen auf israelisches Verlangen flüchten sollten, um sicher zu sein. Wenig erfährt man dieser Tage darüber, wie es den Palästinensern im Gazastreifen und in den besetzten palästinensischen Gebieten im Westjordanland ergeht. Die Nachrichten werden bestimmt von israelischen oder US-amerikanischen Quellen, Stimmen aus Gaza oder dem Westjordanland kommen kaum vor.

Als in den letzten Tagen im UN-Sicherheitsrat in New York über eine Resolution verhandelt wurde, die einen Waffenstillstand und humanitäre Hilfe für die gequälten Bewohner des Gazastreifens vorsah, legten die USA ihr Veto ein. Bei einer erneuten Sitzung des Gremiums am Dienstag (24.10.2023 NY Ortszeit) beschimpften der israelische UN-Botschafter und der israelische Außenminister UN-Generalsekretär

Antonio Guterres. Der hatte in seinem kurzen Eingangsstatement die Gewalt der Qassam-Brigaden verurteilt und anwesenden Angehörigen der in den Gazastreifen entführten israelischen und ausländischen Gefangenen seinen Respekt gezollt.

.) Offener Brief jüdischer Intellektueller Die Freiheit der Andersdenkenden:

<https://taz.de/Offener-Brief-juedischer-Intellektueller/!5965154/>

Über 100

in Deutschland beheimatete jüdische Künstler:innen, Schriftsteller:innen und Wissenschaftler:innen unterzeichnen diesen offenen Brief. Sie appellieren für Frieden und Meinungsfreiheit.

Wir, die unterzeichnenden jüdischen Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler, die in Deutschland leben, verurteilen in diesem Schreiben das beunruhigende Vorgehen gegen die demokratische Öffentlichkeit nach den schrecklichen Gewalttaten in Israel und Palästina in diesem Monat.

Es gibt keine Rechtfertigung für vorsätzliche Angriffe auf Zivilisten durch die Hamas. Wir verurteilen vorbehaltlos die terroristischen Angriffe auf Zivilisten in Israel. Viele von uns haben Familie und Freunde in Israel, die von dieser Gewalt direkt betroffen sind.

Mit gleicher Schärfe verurteilen wir die Tötung von Zivilisten in Gaza.

.)EU-Mitarbeiter gegen von der Leyens Stellungnahme zum Krieg im Gazastreifen:

[german-foreign-policy.com](https://www.german-foreign-policy.com)

Die

Glaubwürdigkeit des Westens

842

EU-Mitarbeiter protestieren gegen von der Leyens Gaza-Politik. Diplomaten warnen, der Westen habe im Globalen Süden wegen seiner Ignoranz gegenüber Ziviltoten im Gazastreifen jede Glaubwürdigkeit verloren.

Die

humanitäre Katastrophe

Die

humanitäre Katastrophe im Gazastreifen weitet sich aus. Wie die WHO mitteilt, sind zwölf der insgesamt 35 Krankenhäuser nicht mehr in Betrieb, weil sie zerstört wurden oder nicht mehr über Elektrizität verfügen. Unter anderem sind rund tausend Dialysepatienten, 130 frühgeborene Säuglinge sowie viele Patienten, die in Intensivbehandlung sind oder operiert werden müssen, in akuter Gefahr.

Krankenhäuser im Norden können nicht mehr versorgt werden, solange keine humanitäre Feuerpause gewährt wird; für die Krankenhäuser im Süden reichen die Hilfslieferungen an Medikamenten und anderem medizinischen Material, die in geringem Umfang inzwischen eintreffen, nicht aus.[1] Auch die Nahrung wird knapp. Bislang gelangten erst 54 Lkw in den Gazastreifen; vor Kriegsbeginn kamen Berichten zufolge 100 pro Tag. Dabei sind die Hilfslieferungen teils unbrauchbar: Reis und

Linsen etwa können wegen des Mangels an sauberem Wasser und an Brennstoffen nicht gekocht werden. Immer mehr Menschen geht das Trinkwasser aus. Wassermangel und Massenflucht führen zu desolaten hygienischen Bedingungen; Ärzte registrieren bereits einen Anstieg einschlägiger Krankheiten. Bei israelischen Angriffen sind bereits mindestens 5.791 Menschen zu Tode gekommen, darunter 2.360 Kinder. 1.550 Menschen werden vermisst.

.) Israelische Presse kritisiert massiv “bedingungslose” deutsche Unterstützung für die zionistische Regierungspolitik –

<https://gewerkschaftliche-linke-berlin.de/israelische-presse-kritisiert-massiv-bedingungslose-deutsche-unterstuetzung-fuer-die-zionistische-regierungspolitik/>

In einem Kommentar von Haaretz, einer der führenden und größten israelischen Presseorgane, wird der bedingungslose Kotau der deutschen politischen Elite vor der zionistischen Regierungspolitik offen und unverblüht als Verrat am Holocaust bezeichnet. Die vorgetragene Sorge von Kanzler Scholz um das Leid der Menschen im GAZA werde konterkariert, wenn allein oder hauptsächlich HAMAS dafür verantwortlich gemacht werde. Wörtlich heisst es in dem Kommentar: “ Ihr Deutschen habt Eure Verantwortung , die sich aus dem Holocaust ergibt, längst verraten. (...) Ihr habt sie verraten durch eine vorbehaltlose Unterstützung eines Israels, das besetzt , kolonisiert, den Menschen das Wasser wegnimmt, Land stiehlt, zwei Millionen Menschen im Gazastreifen in einem überfüllten Käfig gefangen hält, Häuser zerstört, ganze Gemeinschaften aus ihren Häusern vertreibt und die Gewalt der Siedler fördert.”

Es wird der bedingungslose Kniefall geübt vor einer israelischen mit rechtsextremen Ministern durchsetzten Regierung!

.) Wagt zu sagen, was die Großen verschweigen:

[Oktober 2023 – Nachrichten aus dem Krieg – GlobalBridge](#)

Wael Dahdouh, der Chef des Al Jazeera-Büros in Gaza Stadt, beugt sich über sein von einer israelischen Bombe heute (25. Oktober) getötetes Kind – im Süden von Gaza, wohin die Menschen auf israelisches Verlangen flüchten sollten, um sicher zu sein. Guterres forderte Israel auf, das humanitäre internationale Recht einzuhalten. Doch nichts von alledem könne „die schrecklichen Angriffe der Hamas rechtfertigen“, so Guterres weiter. Ebenso wenig könnten die „schrecklichen Angriffe [die kollektive Bestrafung des palästinensischen Volkes](#) rechtfertigen.“

.) Zwei Völker, ein Staat, ein Lösungsvorschlag :

<https://www.sueddeutsche.de/politik/loesungsvorschlag-fuer-den-nahost-konflikt->

[zwei-voelker-ein-staat-1.1168267](#)

Der Gefangenenaustausch zwischen Israel und der Hamas zeigt, wie sehr sich beide Seiten nach Menschlichkeit sehnen. Zum Frieden aber ist es noch weit, die Zwei-Staaten-Lösung der falsche Weg. Ein gemeinsames Land mit gleichen Rechten für beide Gruppen ist die einzige Chance, den Konflikt zu beenden.

Von Fuad Hamdan und Sabine Matthes

Die palästinensische Autonomiebehörde ist im September vor die UN gegangen, um dort einen palästinensischen Staat anerkennen zu lassen. Die formelle Gründung dieses Staates aber würde nicht die ersehnte Befriedung der Region bringen. Der Weg zu der Zweistaatenlösung, nämlich Israel und Palästina, wurde durch den exzessiven Bau der jüdischen Siedlungen von allen israelischen Regierungen im wahrsten Sinne des Wortes verbaut.